
Information über den feindlichen Zusammenschluss Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche

Im Vorfeld der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, richtete die AG Staatsbürgerschaftsrecht eine Erklärung an Innenminister Friedrich Dickel. In Reaktion darauf erstellte die Staatssicherheit einen Auskunftsbericht über die Mitglieder der Gruppe.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilnehmen wollten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Etliche Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten waren seit September 1987 in der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" organisiert, die Rechtsberatungen für Ausreisewillige durchführte. Sie hatte am 10. Dezember 1987 mit einer Erklärung zum Tag der Menschenrechte auf sich aufmerksam gemacht, gerichtet an Innenminister Friedrich Dickel. Darin prangerte sie die Beschneidung der Menschenrechte in der DDR an. Erwin Grünberg, Günter Jeschonnek und Kai Wieckberg unterzeichneten für die AG Staatsbürgerschaftsrecht das Schreiben mit ihrem vollen Namen.

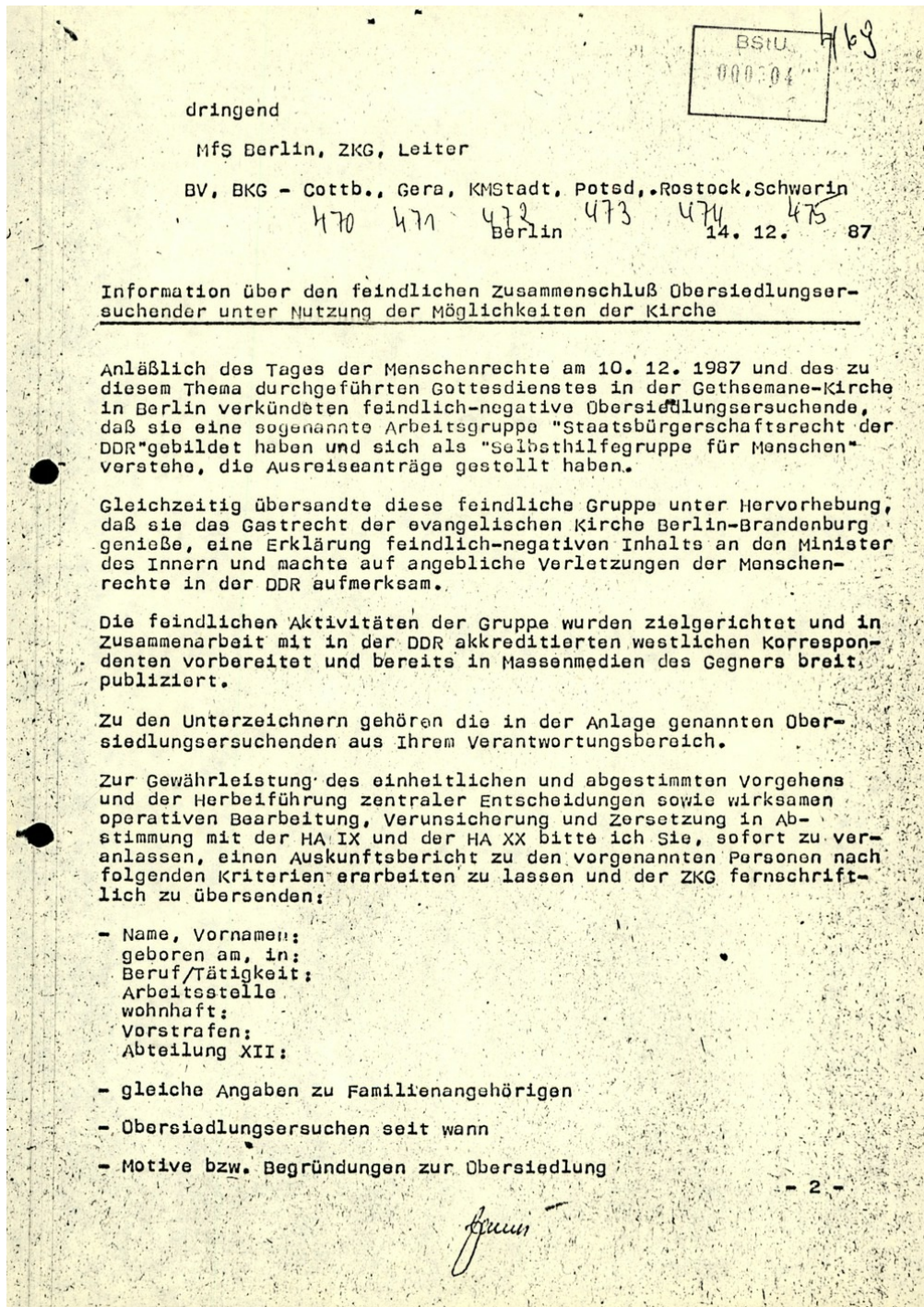
In Reaktion auf die Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht erstellte die Stasi Auskunftsberichte zu den Mitgliedern der Gruppe.

Signatur: BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1652, Bl. 304-305

Metadaten

Datum: 14.12.1987

Information über den feindlichen Zusammenschluß Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche



Signatur: BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1652, Bl. 304-305

Blatt 304

Information über den feindlichen Zusammenschluss Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche

2

BStU
000305

- Aktivitäten zur Durchsetzung der Übersiedlung
- kurze Persönlichkeitseinschätzung
- Verbindungen dieser Übersiedlungssuchenden zu anderen feindlich-negativ eingestellten Personen aus Ihrem Verantwortungsbereich und zu in anderen Bezirken wohnhaften Übersiedlungssuchenden
- Verbindungen dieser Übersiedlungssuchenden zu ehemaligen Bürgern der DDR, einschließlich vorliegender Erkenntnisse über Treffen im sozialistischen Ausland und über Kontakte an der Transitstrecke bzw. durch Einreisende aus der BRD sowie Berlin (West)
- Verbindungen und Kontakte zu Feindorganisationen bzw. Feindpersonen, insbesondere ICFM und HVD, im Operationsgebiet
- Verbindungen und Kontakte zu kirchlichen Würdenträgern und Einrichtungen sowie Einschätzung des Charakters
- welche politisch-operativen Maßnahmen werden gegenwärtig von den zuständigen verantwortlichen Diensteinheiten durchgeführt
- bestehen Versagungsgründe für eine mögliche auch kurzfristige Übersiedlung
- Soweit diese Person/Personen enge oder direkte Kontakte zu Personen aus dem politischen Untergrund oder der Kirche haben, bitte ich den Auskunftsbericht mit der Linie XX abzustimmen.

Skutsch
Oberstleutnant

Mißling
Generalmajor

Signatur: BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1652, Bl. 304-305

Blatt 305